

ANHANG

1. ALLGEMEINE ANGABEN

VORSCHRIFTEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

Der Konzernabschluß für das Geschäftsjahr 2004 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt.

**BILANZIERUNGS- UND
BEWERTUNGSMETHODEN**

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden unverändert angewendet. Barreserven wurden mit dem Nennwert angesetzt. Forderungen wurden mit dem Nennwert, vermindert um Wertberichtigungen und Vorsorgereserven, angesetzt. Agio und Disagio wurden als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und zeitanteilig abgegrenzt. Akuten Risiken wurde durch Einzelwertberichtigungen, latenten Risiken durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken.

Wertpapiere wurden grundsätzlich nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Der Bilanzansatz Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere umfaßt die Abgrenzung der Zinsen bis zum Bilanzstichtag. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten bei voraussichtlich dauernder Wertminderung, verringert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Dabei wurden die steuerlich zulässigen Abschreibungen zugrunde gelegt.

Geringwertige Anlagegüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert, Agio und Disagio wurden als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und zeitanteilig abgegrenzt. Für ungewisse Verbindlichkeiten sowie Verluste aus schwebenden Geschäften haben wir Rückstellungen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme gebildet.

Die Pensionsrückstellungen ergeben sich aus versicherungsmathematischen Gutachten zum Bilanzstichtag. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde analog zum Vorjahr nach International Accounting Standard 19 vorgenommen. Eventualverbindlichkeiten wurden zum Nennbetrag, abzüglich eventueller Vorsorge für Einzelrisiken, bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Realisations- und des Imparitätsprinzips grundsätzlich einzeln zum Marktpreis bewertet. Bewertungseinheiten wurden zur Absicherung von Bilanzposten und von Aufwendungen und Erträgen im zulässigen Umfang gebildet. Bei der Berechnung der Handelsergebnisse wurden die Bewertungsergebnisse pro Basisrisiko in vorher definierten und dokumentierten Portfolios miteinander verrechnet. Grundsatz der Zusammenführung ist, daß Risiken aus Einzelgeschäften durch gegenläufige Geschäfte gesichert sind. Unter Beachtung des Imparitätsprinzips verbleibt ein Ertragssaldo ohne Ansatz, für einen Verlustsaldo wird eine Rückstellung gebildet.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Alle Bilanzpositionen des Umlaufvermögens, Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen,

die auf ausländische Währungen lauten, wurden zum Devisenmittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet. Schwebende Termingeschäfte wurden zu den jeweiligen Terminkursen umgerechnet. Erträge aus der Währungsumrechnung wurden bis zur Höhe der Verluste aus Geschäften in derselben Währung verrechnet. Auf ausländische Währungen lautende Gegenstände des Anlagevermögens wurden zu historischen Anschaffungskursen umgerechnet.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

In den Konsolidierungskreis wurden neben der Konzernobergesellschaft, der Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, 25 inländische und 13 ausländische Tochtergesellschaften einbezogen, bei denen das Bankhaus direkt oder indirekt über die Mehrheit des Kapitals und der Stimmrechte verfügt, beziehungsweise eine maßgebliche Einflußnahme auf das Konzernunternehmen ausüben kann. Daneben wurden zehn Gesellschaften at equity einbezogen. In das Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen gehen anteilige Jahresüberschüsse/-fehlbeträge, Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Veräußerungsgewinne/-verluste ein. 61 Gesellschaften wurden nicht einbezogen (siehe Tabelle S. 132 ff.). Die einbezogenen Gesellschaften stellten ihren Jahresabschluß grundsätzlich zum 31. Dezember 2004 auf. Für eine Gesellschaft wurde der zum 30. September 2004 erstellte Zwischenabschluß zugrunde gelegt. Von drei at equity einbezogenen Gesellschaften wurden jedoch die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2003 einbezogen. Die in ausländischer Währung erstellten Jahresabschlüsse wurden zum Devisenmittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Zwischen den Konzerngesellschaften bestehende Forderungen

und Verbindlichkeiten sowie gegenseitige Aufwendungen und Erträge wurden verrechnet. Als Konzerngewinn zeigen wir in Anlehnung an die übliche Bilanzierungspraxis den zur Ausschüttung vorgeschlagenen Bilanzgewinn der Muttergesellschaft. Die anteiligen Bilanzergebnisse unserer einbezogenen Tochtergesellschaften sowie alle erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen haben wir mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

AUFSTELLUNG ÜBER DEN ANTEILSBESITZ

Eine Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 313 Absatz 2 und 4 HGB wurde beim Handelsregister Köln unter B 20121 hinterlegt.

Zum 31. Dezember 2004 übersteigen die Beteiligungen an der Oppenheim Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wiesbaden, der IVG Immobilien AG, Bonn, der Atradius N.V., Amsterdam, sowie der Pixelpark AG, Berlin, gemäß § 340a (4) Nr. 2 HGB 5% der Stimmrechte.

ANGABEN ÜBER DAS BESTEHEN EINER BETEILIGUNG, DIE NACH § 20 ABS. I ODER ABS. 4 AKTG ODER NACH § 21 ABS. I ODER ABS. 1A WPHG MITGETEILT WORDEN IST.

Der Stimmrechtsanteil der Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien an der IVG Immobilien AG hat am 23. März 2004 die Schwellen von 5, 10 und 25% überschritten. Der Stimmrechtsanteil beträgt nunmehr 25,1%.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG 2004

Die Segmentierung entspricht der derzeitigen Organisationsstruktur des Konzerns. In der Vermögensverwaltung sind die Bereiche Asset Manage-

ment und Private Banking, im Investment Banking die Bereiche Corporate Finance und Financial Markets zusammengefaßt. Unter „Sonstiges“ fallen die Ergebnisbestandteile, die keinem Geschäftsfeld direkt zugeordnet werden können und der Verantwortung der Partnerschaft unterliegen. Konzerninterne Leistungen zwischen den Bereichen werden mit marktgerechten Transferpreisen abgerechnet.

Die Aufgliederung der Bereichsergebnisse in Zinsüberschuß, Provisionsüberschuß, Handelsergebnis, Verwaltungsaufwand, sonstiges betriebliches Ergebnis und übriges Ergebnis entspricht den handelsrechtlichen Abgrenzungsvorschriften für das Konzernergebnis. Unter Risikokosten sind in den Geschäftsbereichen die für spezifische Kundenengagements gebildeten Einzelwertberichtigungen und im Bereich „Sonstiges“ die Pauschalwertberichtigungen ausgewiesen.

Unter Aktiva und Passiva werden Stichtagswerte zum 31. Dezember 2004 gezeigt und den Segmenten nach der jeweiligen Geschäftsverantwortung zugeordnet.

Das Eigenkapital wird prinzipiell gemäß aufsichtsrechtlicher Bindung durch das jeweilige Geschäft auf die Bereiche verteilt. Für das in Tochtergesellschaften geführte Geschäft wird der Beteiligungsbuchwert herangezogen. Das verbleibende Eigenkapital ist dem Bereich „Sonstiges“ zugeordnet. In den Bereichen wird das durchschnittliche Eigenkapital ausgewiesen.

Die Aufwands-Ertrags-Relation errechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zur Summe der betrieblichen Erlöse vor Risikovorsorge.

Die Eigenkapitalrelation ergibt sich aus dem Verhältnis des Betriebsergebnisses vor Steuern zum gebundenen Eigenkapital.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

Definition des Zahlungsmittelbestandes: Der Zahlungsmittelbestand betrifft ausschließlich die in der Konzernbilanz per 31. Dezember 2004 ausgewiesene Barreserve.

ANGABEN ZUM EIGENKAPITALSPIEGEL

Der Eigenkapitalpiegel wurde nach den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) Nr. 7 erstellt.

Das Grundkapital wurde im Geschäftsjahr 2004 durch Zuführungen aus den Gewinnrücklagen und den Kapitalrücklagen von jeweils 150 Mio. € sowie durch eine Einzahlung der Gesellschafter von 200 Mio. € auf 700 Mio. € erhöht (Vorjahr: 200 Mio. €). Das Grundkapital ist in 140.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Daneben besteht eine stille Beteiligung von 200 Mio. €. Die Anteile sind voll eingezahlt und sämtlich im Umlauf. Die Kapitalrücklage resultiert aus Zahlungen, die die Gesellschafter zur Verstärkung des Eigenkapitals geleistet haben. Sie beträgt 200 Mio. € (Vorjahr: 350 Mio. €).

Das erwirtschaftete Konzerneigenkapital umfaßt den Teil des Konzerneigenkapitals, der aus den Konzernjahresüberschüssen vorangegangener Geschäftsjahre gebildet worden ist und nicht auf Minderheitengesellschafter entfällt. Es umfaßt die Gewinnrücklagen, den Ergebnisvortrag und den Jahresüberschuß des Bankhauses. Darüber hinaus enthält das erwirtschaftete Konzerneigenkapital die kumulierten einbehaltenen Jahresüberschüsse/-fehlbeträge der Tochterunternehmen seit deren erstmaliger Einbeziehung sowie die kumulierten Beträge aus ergebniswirksamen Konsolidierungs-

vorgängen, soweit sie nicht auf Minderheitsgesellschafter entfallen.

Unter den anderen neutralen Transaktionen des Mutterunternehmens werden die aus der Konsolidierung resultierenden Unterschiedsbeträge dargestellt, die vor Anwendung des DRS Nr. 4 mit den Gewinnrücklagen verrechnet wurden.

Die bei den Minderheitsgesellschaftern unter den anderen neutralen Transaktionen ausgewiesenen Beträge betreffen die den Minderheiten zuzurechnenden, bei Konsolidierungsvorgängen aufgedeckten stillen Reserven.

Das übrige Konzernergebnis betrifft den Saldo der dem Bankhaus sowie den Minderheitsgesellschaftern zuzurechnenden Veränderungen des Konzerneigenkapitals im Geschäftsjahr, die aufgrund der handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätze nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen sind und die nicht auf Ein- und Auszahlungen auf der Ebene der Gesellschafter beruhen.

Der Konzernjahresüberschuß beträgt im Geschäftsjahr 141,5 Mio. € (Vorjahr: 82,9 Mio. €), wovon 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €) auf die Minderheitengesellschafter entfallen. Vom Konzernjahresüberschuß wurden 107,3 Mio. € (Vorjahr: 51,7 Mio. €) den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Gewinnrücklagen betragen zum Bilanzstichtag 146,7 Mio. € (Vorjahr: 189,2 Mio. €). Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen zu beschließen, den Bilanzgewinn von 32,7 Mio. € für die Ausschüttung einer Dividende von 30,0 Mio. € und die Einstellung eines weiteren Betrags von 2,7 Mio. € in die Gewinnrücklagen zu verwenden.

ANGABEN ZU UNTERNEHMENSERWERBEN IM KONZERNABSCHLUSS

Am 23. März 2004 erwarb das Bankhaus 25,1 % an der IVG Immobilien AG (IVG), Bonn. Die Anschaffungskosten betragen 274.083 T€, der Goodwill beträgt 54.975 T€ und wurde zum Erwerbszeitpunkt ermittelt. Das Ergebnis der IVG zum 30. September 2004 betrug 38,2 Mio. €. Das Unternehmen wird seit dem Erwerb at equity einbezogen. Zusätzlich erhöhte das Bankhaus am 8. und 21. April 2004 seine Beteiligung an der Montgomery Oppenheim Ltd., Dublin, auf 75,0 %, die im Berichtsjahr einen Jahresüberschuß von 656 T€ ausweist. Die Gesellschaft wurde bereits im Vorjahr in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Anschaffungskosten betragen 682 T€, der Goodwill beträgt 643 T€ und wurde zum Erwerbszeitpunkt ermittelt. Für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten wurden Zahlungsmittel in Höhe von 279 Mio. € aufgewendet. Aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten wurden Zahlungsmittel in Höhe von 126 Mio. € Erlöst.

Die aus den Transaktionen entstandenen Geschäfts- oder Firmenwerte werden in der Konzernbilanz unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen beziehungsweise den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Bei den Geschäfts- oder Firmenwerten wird von einer Nutzungsdauer von vier beziehungsweise 15 Jahren ausgegangen. Die Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode.